

***Es gilt das gesprochene Wort –
Sendesperrfrist: Redebeginn!***

Deutschland vor der Entscheidung

Rede von

Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt

BDA | Bundesvereinigung der
Deutschen Arbeitgeberverbände

Mitglied von BUSINESSEUROPE

Hausadresse:

Haus der Deutschen Wirtschaft
Breite Straße 29, 10178 Berlin

Briefadresse:

11054 Berlin

bda@arbeitgeber.de
www.arbeitgeber.de

T +49 30 2033-1800

F +49 30 2033-1805

Unser Land befindet sich in einer ernsten und für die Entwicklung in den nächsten Jahren entscheidenden Situation.

Wir durchleben die schwerste Wirtschaftskrise seit Gründung der Bundesrepublik.

Die besondere Lage verlangt der Wirtschaft, der Politik wie auch den Sozialpartnern viel ab: Es geht darum, dass alle, die Verantwortung tragen, rasch das Richtige tun. Und als wäre das nicht schon genug, geht es mindestens ebenso sehr darum, Falsches und Irreführendes zu unterlassen.

Wahlen und Populismus

In einer freiheitlichen, von der offenen und kontroversen Diskussion lebenden Gesellschaft fällt es manchem schwer, die Finger von hysterischer Schwarzmalerei und simplen Heilsversprechen zu lassen.

Hier ist in besonderer Weise das Verantwortungsbewusstsein der Eliten gefordert. Wer der Versuchung widersteht, die Lage durch unüberlegte Äußerungen anzuheizen, erweist unserer Wirtschaftsordnung einen größeren Dienst als so mancher geltungssüchtige Auftritt vor den Medien.

Prognosen und politische Forderungen können richtig sein – und trotzdem zur falschen Zeit kommen.

An diesem Wochenende wählt zunächst Europa. Ende August bekommen das Saarland, Sachsen und Thüringen ein neues Parlament. Am 27. September folgt die Bundestagswahl, am gleichen Tag auch die Neuwahl des brandenburgischen Landtags.

In einer Zeit, in der viele Menschen durch die aktuelle Lage verunsichert sind, ist die Verlockung umso größer, das Blaue vom Himmel zu versprechen.

Sie ist aber auch umso gefährlicher: Wirtschaftsprognosen lösen sich immer schneller ab, einige Forschungsinstitute haben es inzwischen aufgegeben, überhaupt Prognosen aufzustellen, von denen sie heute schon ahnen, wenn nicht sogar wissen, dass sie morgen nicht mehr gültig sind.

Wenn die Unternehmen und auch die Forschungsinstitute auf Sicht fahren: Wie kann es sich die Politik da leisten, mit den Bürgern „Wünsch-dir-was“ zu spielen?

Populistische Fehlritte

Denken Sie an den letzten Schnellschuss des Bundesarbeitsministers: Weil die Zahlen einer Prognose so zu deuten waren, dass die Renten im kommenden Jahr erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sinken könnten, wurde innerhalb von wenigen Tagen eine gesetzliche Rentengarantie durchs Kabinett gepeitscht.

Das mag populär sein. Verantwortungsvoll ist es nicht.

Mitten in einer schweren Wirtschaftskrise müssen wir erleben, wie die große Koalition populistische Gesetzesvorhaben zulasten der deutschen Wirtschaft diskutiert:

- Im 60. Jahr von Sozialer Marktwirtschaft und Grundgesetz werden von Teilen der Politik staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben diskutiert, die nicht mit unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung vereinbar sind. Teile der SPD und der Gewerkschaften plädieren für staatliche Beteiligungen an Industrieunternehmen.
- Wir erleben ein nicht enden wollendes Gezerre um gesetzliche Mindestlöhne, die Arbeitsplätze gefährden und vor allem Langzeitarbeitslosen

und Geringqualifizierten den Einstieg in Arbeit erschweren.

- Wir erleben eine bürokratische Debatte über Regeln für Manager und Vorstandsvergütungen, die kein Problem lösen, aber neue schaffen. Das ist eine Alibi-Debatte, die nichts zur Bekämpfung der Krise beiträgt und übrigens auch nichts mit den Ursachen der Krise zu tun hat.
- Wir beobachten eine durch und durch bürokratische Diskussion über den Arbeitnehmerdatenschutz, die an dem berechtigten und gesetzlich festgeschriebenen Auftrag der Unternehmen vorbeigeht, Kriminalität und Korruption zu bekämpfen.

Auch das aktuelle Verhalten der großen Koalition im Fall Opel wirft Fragen auf. Details des Verhandlungsergebnisses will und kann ich nicht bewerten. Es erstaunt mich allerdings, dass eine staatliche Bürgschaftszusage für 100 Prozent eines Kredites erfolgt, obwohl keinerlei rechtsverbindliche Investorenzusage vorliegt.

Dass eine rechtlich unverbindliche Interessensbekundung gleich mit dem Einsatz von 1,5 Milliarden Euro staatlich verbürgter Mittel garniert wird, ist ein gewaltiges Risiko für den Steuerzahler.

Ich habe daher große Sympathie für den Standpunkt des Bundeswirtschaftsministers: Die Vorgehensweise im Fall Opel muss in jedem Fall die Ausnahme bleiben. Sonst haben wir sehr schnell ein Fass ohne Boden!

Mit Blick auf den Fall Arcandor begrüße ich die Ankündigung der Bundeskanzlerin, dass weitere Anträge auf staatliche Hilfen in den dafür vorgesehenen Gremien behandelt werden. Auf keinen Fall gehören solche Fragen in den Wahlkampf oder auf die öffentliche Bühne der Politik.

Ich höre mit Verwunderung, dass sich einige Spitzenpolitiker der großen Koalition schon jetzt auf staatliche Hilfen für Arcandor festgelegt haben, während sich andere ebenso eindeutig ablehnend positionieren.

Welchen Sinn machen die vorgeschriebenen fachkundigen Gremien – Bürgschaftsausschuss, Lenkungsausschuss, Lenkungsrat – wenn die Politik bereits im Vorfeld ohne Kenntnis der Daten und Fakten Festlegungen trifft? Solche Entscheidungen zur Unternehmensfinanzierung müssen auf Grundlage betrieblicher Konzepte und Zahlen sorgfältig geprüft werden. Alles andere ist verantwortungsloser Populismus.

Maßnahmen gegen die Krise

Alle diese Debatten mögen der parteipolitischen Profilierung nutzen.

Die Menschen brauchen aber keine Schau-fensterpolitik. Sie brauchen konkrete Erleichterungen und verlässliche Perspektiven.

Mit dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz und den beiden Konjunkturpaketen hat die Bundesregierung schnell und entschieden auf die Krise reagiert. Sie darf sich nicht durch näher rückende Wahltermine davon ablenken lassen, dass nach wie vor politischer Handlungsbedarf besteht.

Damit meine ich nicht etwa ein weiteres Konjunkturpaket, wie es von einigen gefordert wird, die den katastrophalen Zustand der öffentlichen Haushalte offenbar verdrängen: Bevor wir nach neuen Maßnahmen rufen, sollten wir erst einmal die beschlossenen Pakete wirken lassen.

Kurzarbeit

Die Unternehmen tun derzeit alles, um die Beschäftigten an Bord zu halten und ihre Fachkräfte für die Zeit nach der Krise zu sichern.

Ich habe mich bei der Bundeskanzlerin, beim Bundesarbeitsminister und den Koalitionsfraktionen sehr dafür eingesetzt, die Durchführung von Kurzarbeit weiter zu erleichtern.

Es ist für viele Arbeitgeber praxisfremd, die vollständige Entlastung von den Sozialabgaben auf Kurzarbeit zwingend mit einer Weiterbildung aller betroffenen Mitarbeiter zu verknüpfen.

Ich begrüße deshalb, dass die Koalition beabsichtigt, bei Kurzarbeit nach sechs Monaten ab dem 1. Juli die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge zu ermöglichen.

Dabei ist wichtig, dass nicht auf den einzelnen Arbeitnehmer abgestellt wird, der sich in Kurzarbeit befindet. Nach sechs Monaten soll für alle Arbeitnehmer in Kurzarbeit des betreffenden Arbeitgebers eine vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge erfolgen – unabhängig davon, ob der Arbeitnehmer schon vorher in Kurzarbeit und gegebenenfalls auch Weiterbildung war oder sich erstmals in Kurzarbeit befindet.

Ich weiß, dass diese Erleichterungen in einigen Branchen auch innerhalb der BDA kritisch gesehen werden. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass sie vielen Unternehmen dabei helfen werden, die Beschäftigten auch bei schlechter Auftragslage zu halten.

Deshalb appelliere ich an den Bundestag, die Neuregelung möglichst rasch zu verabschieden, damit die vollständige Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen tatsächlich zum 1. Juli in Kraft treten kann.

Dagegen ist die Verlängerung auf 24 Monate für die Praxis von geringer Bedeutung. Ein Unternehmen, das zum Beispiel ein ganzes Jahr lang keine Arbeit für seine Beschäftigten hat, wird auf jeden Fall über Alternativen zur Kurzarbeit nachdenken müssen.

Konjunkturelle Entwicklung

Eines dürfen wir nicht vergessen: Auch wenn es inzwischen den einen oder anderen zaghaften konjunkturellen Hoffnungsschimmer geben mag: Die eigentliche Belastungsprobe für den Arbeitsmarkt steht noch aus.

Und auch wenn einige Zeichen darauf hindeuten, dass sich die rasante konjunkturelle Talfahrt verlangsamt, wird die anschließende Aufwärtsbewegung bestimmt nicht mit der gleichen Schnelligkeit erfolgen. Es wird eine ganze Weile dauern, bis die Weltwirtschaft wieder anzieht und der deutsche Exportmotor wieder anspringt.

Deshalb müssen wir jetzt alles dafür tun, um die konjunkturelle Durststrecke zu überstehen. Es gibt durchaus Möglichkeiten, die noch in dieser Legislatur umgesetzt werden können!

Korrektur Unternehmensteuerreform

Besonders belastend wirken die Verschärfungen durch die Unternehmensteuerreform 2008.

Ich begrüße deshalb sehr, dass die große Koalition sich darauf verständigt hat, einige Elemente der Unternehmensteuerreform, die zu einer krisenverschärfenden Substanzbesteuerung führen, zu beseitigen.

Vor allem die Zinsschranke betrifft eine sehr viel größere Zahl von Unternehmen, als ursprünglich angenommen. Allerdings wird die angestrebte Erhöhung der Freigrenze von einer auf drei Millionen Euro nicht ausreichen. Es werden immer noch viele Unternehmen von der Zinsschranke betroffen sein.

Positiv ist, dass ein entscheidendes Hemmnis für die Sanierung notleidender Unternehmen fallen soll. Für eine Unternehmenssanierung ist es kontraproduktiv, wenn die Verlustvorträge bei Unternehmensübernahme wegfallen. Deshalb soll in Zukunft wieder möglich sein, beim Kauf eines sanierungsbedürftigen Unternehmens dessen Verlustvorträge mit den eigenen Gewinnen zu verrechnen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle erwähnen, dass der Bundeswirtschaftsminister in diesem Zusammenhang eine hervorragende Rolle spielt. Wir sehen mit großem Respekt, wie schnell und umfassend sich Herr zu Guttenberg in sein neues Amt eingearbeitet hat und die gegenwärtig besonderen Herausforderungen angeht.

Kurz nach seinem Amtsantritt war er zu Gast im Präsidium der BDA, wo wir über die Nachbesserungen sprachen, die er nun durchgesetzt hat.

Steuer- und Beitragsentlastungen

Wir benötigen in der jetzigen globalen Krise für mehrere Jahre ein nationales und europäisches Belastungsmoratorium: keine neuen

finanziellen und bürokratischen Belastungen für Wirtschaft und Arbeit!

Unsere Priorität ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Aber sobald der notwendige Spielraum besteht, muss es auch weitere Entlastungen geben.

Dazu gehört auch die Beseitigung der kalten Progression bei der Einkommensteuer. Wir brauchen eine regelmäßige Anpassung der Eckwerte der Einkommensbesteuerung und eine Abflachung des progressiven Verlaufs des Einkommensteuertarifs zur Beseitigung des Mittelstandsbauchs.

Gerade die Leistungsträger in unserer Gesellschaft brauchen als Anreiz mehr Netto vom Brutto.

Stattdessen hat die große Koalition 2008 Leistungsausweitungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung, der Rentenversicherung wie auch der Pflegeversicherung beschlossen.

Die langfristigen Probleme der Sozialversicherung sind noch immer nicht gelöst. Strukturreformen stehen im gesamten Sozialsystem weiterhin auf der Agenda.

Unbeständige Politik

Mit den kommenden Wahlen entscheidet sich viel für unser Land. Die gegenwärtige Krise hat Grüne und Sozialdemokraten wieder nach links driften lassen.

Wir hören von links eine verantwortungslose Stimmungsmache, die sich als Warnung vor sozialen Unruhen tarnt.

Wir hören Forderungen, die wir fünf Jahre nach der Agenda 2010 nicht mehr für möglich gehalten hätten.

Die erfolgreichen Arbeitsmarktreformen der letzten Jahre stehen zur Disposition. Es wird zum Teil nach einer Wiederbelebung der durch die Bundesagentur geförderten Altersteilzeit gerufen, die Rente mit 67 infrage gestellt, die Re-Regulierung der Zeitarbeit gefordert.

- Es ist kurzfristig, mit Blick auf die aktuelle Krise die Rente mit 67 anzuzweifeln, die erst in zwanzig Jahren zum Tragen kommt. Wir brauchen im Gegenteil eine konsequente Umsetzung der Rente mit 67!
- Es darf keine neuen Anreize zur Frühverrentung geben! Wir leben in einer alternden Gesellschaft, die zwingend auf die Arbeitskraft und die Erfahrung älterer Beschäftigter angewiesen ist.
- Wer die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes rückgängig machen will, verkennt die nachweisbaren Erfolge der Agenda 2010 mit ihrem Prinzip des „Förderns und Forderns“. Ich warne vor billigem Populismus zulasten der Langzeitarbeitslosen und Geringqualifizierten!

Was wir brauchen, ist eine berechenbare und nachhaltige Politik.

Es ist Aufgabe eines starken und deshalb zwangsläufig schlanken Staates, die nötigen Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige und zukunftsträchtige Wirtschaft zu schaffen.

Verantwortung der Wirtschaft

Die deutsche Wirtschaft kennt ihre Verantwortung. Die Unternehmen tun derzeit alles, um auch in der Krise möglichst viel Beschäftigung zu halten.

Und wir sorgen für den Tag vor, an dem es wieder aufwärts geht und wir dringend qualifizierte Fachkräfte brauchen. Die deutsche Wirtschaft hält auch in der Krise engagiert an der Ausbildung fest.

Vor einem Monat habe ich gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft und Politik den Startschuss für das Projekt „Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT in Ostdeutschland“ gegeben.

Die neuen Bundesländer sind von der gegenwärtigen Krise und dem drohenden Fachkräftemangel doppelt schwer getroffen. Das

„Netzwerk SCHULEWIRTSCHAFT in Ostdeutschland“ will mit zahlreichen regionalen Projekten an der Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung konkret und vor Ort um Nachwuchs für die Betriebe werben.

Neben den Fachkräften von morgen machen wir uns auch Gedanken über die jungen Menschen, die heute, mitten in der Wirtschaftskrise, mit einer naturwissenschaftlich-technischen Ausbildung auf den Arbeitsmarkt gelangen.

Sobald der nächste Aufschwung kommt, werden die Unternehmen auf diese Fachkräfte angewiesen sein. Deshalb halte ich es für sinnvoll, Überbrückungsinstrumente zur Fachkräftesicherung einzusetzen.

Hier gibt es bereits bemerkenswerte Initiativen und Modelle von Arbeitgeberverbänden, die einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Nachwuchses in den Unternehmen und zur Zukunftsfähigkeit der gesamten deutschen Wirtschaft leisten können.

Tarifpolitik

Die differenzierte und moderate Tarifpolitik der letzten Jahre hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft verbessert. Die Tarifpolitik 2009 steht ganz im Zeichen der Krise.

Ich finde, dass die Tarif- und Betriebspartner in dieser besonderen Situation äußerst verantwortungsvoll handeln. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge tragen der Wirtschaftskrise Rechnung und ermöglichen abweichende betriebliche Vereinbarungen, wo dies notwendig ist.

Als ein Beispiel erwähne ich den Abschluss in der Textil- und Modeindustrie: Im Rahmen des 24-monatigen Abschlusses können die Betriebspartner – je nach wirtschaftlicher Situation der Betriebe – die Gesamtbelastung zwischen 1,4 Prozent und 2,9 Prozent variieren. Für 2009 kann die Belastung sogar auf nahezu null reduziert werden.

Auch in der Stahlindustrie, bei den privaten Banken und zuletzt beim Baugewerbe und der

Druckindustrie haben sich die Tarifpartner auf vernünftige Abschlüsse verständigt.

Ich sehe eine deutliche Diskrepanz zwischen so mancher öffentlichen Kampfrhetorik der Gewerkschaften und dem praktischen Handeln. Auch wenn ich manche öffentliche Kommentare einzelner Gewerkschaftsvorsitzender nicht verstehen kann, stelle ich fest, dass die Betriebsräte vor Ort den Ernst der Lage erkannt haben und dass betriebliche Bündnisse dort, wo sie notwendig sind, auch mit Hilfe der Gewerkschaften funktionieren.

Das gilt für Möglichkeiten der flexiblen Arbeitszeitgestaltung ebenso wie für Verschiebungen, Kürzungen oder Aussetzungen der von den Tarifvertragsparteien abgeschlossenen Entgeltvereinbarungen.

Auch in der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württembergs, Nordrhein-Westfalens und Bayerns hat die IG Metall Einsicht in die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gezeigt.

Die Tarifparteien haben den Betriebspartnern in der Vergangenheit mit tariflichen Öffnungsklauseln vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten eingeräumt und so eine neue Balance zwischen Flächentarifvertrag und betrieblicher Lösung geschaffen. Gerade in Krisenzeiten trägt dies in erheblichem Maße zur Beschäftigungssicherung bei.

Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, diesen erfolgreichen Weg der Differenzierung fortzusetzen, um die Zukunft des Flächentarifvertrags zu sichern.

Für eine starke, Beschäftigung fördernde Tarifautonomie brauchen wir eine Revision des in diesem Jahr verabschiedeten Entsende- und Mindestarbeitsbedingungsgesetzes.

Ich warne davor, Tarifverträge außer Kraft zu setzen, wie es die beiden Gesetze nun möglich machen: Der Tarifvorrang ist abgeschafft und durch die Ermächtigung zur staatlichen Tarifzensur ersetzt. Das beschädigt die Tarifautonomie und gefährdet Arbeitsplätze. Wir brauchen einen klaren und uneingeschränkten Vorrang für Tarifverträge.

Auch wenn vieles, was derzeit versprochen und angekündigt wird, nur Wahlkampfgetöse ist: Wir sollten die drohenden Gefahren nicht unterschätzen.

Wenn in diesen Tagen rein wahltaktische Überlegungen zu wirtschaftsfeindlichen Resultaten führen, wird es für viele Unternehmen sehr schwer werden, die Krise gesund zu überstehen.

Wenn wir gestärkt aus der Krise hervorgehen wollen, brauchen wir Entlastungen statt unnützer Bürokratie, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen statt staatlicher Einmischungen in unternehmerisches Handeln. Nur so können wir die Krise meistern und den Standort Deutschland international attraktiv halten.

Wir brauchen eine Regierung, die den Menschen in unserem Land die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts verständlich und überzeugend erklärt und ihre Politik kompetent und verlässlich gestaltet.